

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Scheitelfung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4592.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Mitglieder!

Wer ist vor dem Kriege mit Ernst und Nachdruck für unsere berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Interessen eingetreten?

Der Verband!

Wer hat in den ersten Kriegswochen die verlustigten Lohnverschlechterungen abgewehrt? Wer hat sich damals schon und während der ganzen Dauer des Krieges für die Unterstützung erwerbsloser Arbeiter, für eine ausreichende Versorgung der Kriegsfamilien, für eine vernünftige, dem Gesamtwohl dienende Regelung der Lebensmittelversorgung ins Zeug gelegt?

Der Verband!

Wer ist jetzt in der Zeit der Krise unter Schutz und Schirm? Wer hat mitgewirkt, die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge in Fluß zu bringen, Reich und Staat zur Gewährung ausreichender Zuschüsse zu veranlassen? Wer ist ständig bemüht, die Durchführung und den Ausbau der Fürsorge zu betreiben?

Der Verband!

Wer wird bei Beendigung des Krieges, wenn es gilt, das Wirtschaftsleben in die alten Bahnen zurückzuführen, bei der Lösung der dann auftauchenden sozial- und neuropolitischen Fragen, der Fragen der Neuorientierung unserer inneren Politik, im neu auflebenden Kampf um die Erhaltung und Aufbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich für uns und unsere Interessen einlegen? Wer wird uns die Kraft und den nötigen Rückhalt und damit auch die Möglichkeit geben, uns im Widerstreit der Interessen durchsetzen zu können?

Der Verband!

Darum keine Fahnenflucht; auch bei Berufswechsel nicht. Jede Schwächung des Verbandes bedeutet eine Schwächung unserer Existenz, eine Erschwerung des Aufstiegs nach dem Kriege.

Bezahlen wir nach Möglichkeit auch den Verbandsbeitrag; um der eigenen Interessen, um der Zukunft willen. Möchten das doch vor allem jene beherzigen, die in anderen Berufen lohnenden Verdienst gefunden haben. Vergessen wir nicht: die Beitragszahlung ist der Prüfstein unserer Treue zum Verband.

Stellen wir auch gern unsere Person in den Dienst der guten Sache. Der Verband bedarf unserer Mitarbeit; heute mehr denn je. Füllen wir die durch die Einberufungen entstandenen Lücken aus. Zeigen wir uns ebenso opferfreudig und allen Schwierigkeiten und Hindernissen gewachsen, wie unsere Kollegen im Felde. Sorgen wir dafür, daß sie bei ihrer Rückkehr die Ortsgruppe, den Verband intakt finden.

Durchhalten!

Sei für uns wie für sie die Parole.

Die Organisation der Erwerbslosenfürsorge.

Nachdem nunmehr über die Beteiligung des Reiches und der Bundesstaaten an der Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge Klarheit besteht, steht deren Durchführung in den Kommunen und Kommunalverbänden nichts mehr im Wege. Tatsächlich gewinnt die Fürsorge auch ständig an Ausdehnung. Hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo in jeder Gemeinde, die Textilarbeiter aufweist, diese vor den Folgen der Erwerbslosigkeit resp. der Betriebsseinschränkungen geschützt sind.

Nachdem so der Weg zur Durchführung der Fürsorge geebnet ist, gilt es, diese organisatorisch und auch bezüglich ihrer Leistungen auszubauen und einheitlicher zu gestalten, zunächst nach Bezirken resp. Landesteilen mit gleichartigen Verhältnissen, darüber hinaus wird in manchen Fragen auch eine gewisse Einheitlichkeit für das ganze Reich möglich und zu erstreben sein. Eine solche bestrebt sich auch der Bürgermeister Dr. Gugelmeier von Bönning (Baden), der sich um das Zustandekommen und den Ausbau des oberbadischen Zweckverbandes große Verdienste erworben hat. Zur Erzielung einer größeren Einheitlichkeit in bestimmten Fragen hält er, für empfehlenswert, daß die Kräfte, auf deren Schultern die ganze Einrichtung liegt, einander genähert und zu gemeinsamem Vorgehen gebracht werden. Herr Dr. Gugelmeier wünscht die Schaffung einer Reichskommission, zusammengesetzt aus Vertretern der interessierten Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen. Dieser Reichskommission will er die Erörterung und Klärung aller einschlägigen Fragen übertragen. Sache der Reichsregierung sei es, die einleitenden Schritte zur Schaffung einer solchen Kommission zu übernehmen.

Dieser Vorschlag ist auch uns sympathisch. Wir halten es ebenfalls für zweckmäßiger, wenn die obengenannten, an der Gestaltung der Fürsorge direkt interessierten Faktoren, auf Grund der gemachten Erfahrungen, sich über bestimmte Streitfragen selbst zu verständigen und eine größere Einheitlichkeit zu erzielen suchen, als wenn diese Streitfragen durch Verfügungen der Reichsregierung entschieden werden. Der erstere Weg birgt weit mehr für eine wirklich sachgemäße, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Erledigung. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die von einer solchen Reichskommission gefassten klärenden Beschlüsse nachträglich behördlich sanktioniert und, wenn nötig, deren Durchführung angeordnet wird.

Der von Herrn Dr. Gugelmeier gemachte Vorschlag wird allerdings erst dann praktisch verwirklicht werden können, wenn der für die Schaffung einer solchen Reichsstelle erforderliche Unterbau vorhanden ist. Es muß zunächst die Erwerbslosenfürsorge in den einzelnen Bundesstaaten für bestimmte in sich abgeschlossene Industriebezirke oder Landesteile einheitlich durchgeführt sein. In jedem dieser Industrie- resp. Landesbezirke müßte ein Bezirksausschuß und — sofern ein Bedürfnis dazu vorhanden wäre — darüber hinaus ein Landesausschuß mit der einheitlichen Ausgestaltung der Fürsorge innerhalb der ihnen unterstellten Fürsorgegebiete beauftragt werden. Diese Bezirks- resp. Landesausschüsse hätten dann die Vertreter in den Reichsausschüssen zu entsenden. Selbstverständlich müßte in allen Ausschüssen auch der Arbeiterschaft eine ausreichende Vertretung eingeräumt werden.

In einzelnen Bundesstaaten sind diese Voraussetzungen schon geschaffen. In Baden hat man die verschiedenen Textilgebiete zu Zweckverbänden zusammengefaßt. Paritätisch zusammengesetzte Organe — in Oberbaden die Verbandsversammlung und der Verbandsvorstand, im Obertal ein Ausschuß — fungieren als Beschwerde- resp. Entscheidungsinstanz in strittigen Fragen.

In Bayern sind durch Ministerialerlaß vom 28. Oktober die Distrikts- und die Kreisunmittelbaren Stadtgemeinden als Träger der Fürsorge bestimmt.

Der Vollzug der letzteren ist den gemeindlichen oder distriktsgemeindlichen Ausschüssen, die ebenfalls paritätisch zusammengesetzt sind, übertragen. Vorausgesetzt, daß diese im Ministerialerlaß vorgesehene Organisation auch durchgeführt wird, bedürfte es in Bayern, wie auch in Baden, nur noch der Gründung von Landesausschüssen und der Unterbau für den Reichsausschuß wäre geschaffen.

Günstig liegen die Voraussetzungen auch in Sachsen. Auch hier sind in den von der Regierung aufgestellten „Grundsätzen für die Textilarbeiterfürsorge“ die Kommunal- resp. Bezirksverbände als Träger der Fürsorge bezeichnet worden. Dieser Bestimmung entsprechend scheint die Organisation der Fürsorge auch größtenteils schon durchgeführt zu sein. Zur Erledigung der Geschäfte wurden paritätisch zusammengesetzte örtliche Bezugsbezirksausschüsse gebildet, während ein beim Ministerium des Innern gebildeter Beraterbeiratsausschuß die Aufgabe hat, „für die tunlichste Verminderung der Arbeitslosigkeit, die gleichmäßige Handhabung der Grundsätze, den Ausgleich zwischen verschiedenen Kommunalverbänden und die Verteilung der Arbeitgeberbeiträge (die in eine zentrale Kasse fließen) zu sorgen“.

Gut geregelt ist die Organisation der Erwerbslosenfürsorge auch im Fürstentum Neuchâtel. Träger sind hier die Stadt- und Landgemeinden, die zur Durchführung der Fürsorge Ausschüsse zu berufen haben. Zwar ist in den allgemeinen, für das ganze Fürstentum gültigen Grundsätzen die Zuziehung der Arbeiter zu den Ausschüssen nicht ausdrücklich festgelegt, wohl aber ist u. a. diese Zuziehung trotzdem allgemein erfolgt. So haben die Arbeiter auch im Landesausschuß, der sich mit den Beschwerden über die Entscheidungen der örtlichen Ausschüsse zu befassen hat, ihre Vertretung.

Weniger günstig scheinen die Vorbedingungen in Württemberg zu sein. Nach den von der Regierung herausgegebenen allgemeinen Grundsätzen hat jede Gemeinde einen Ausschuß zu bestellen. In ihm müssen auch die Arbeiter mindestens einen, von den gewerkschaftlichen Organisationen zu bestimmenden Vertreter haben. Es sind also nicht wie in Bayern und Sachsen neben den größeren Städten die Landkreise als Träger der Fürsorge bestimmt worden, sondern die einzelnen Gemeinden. Wohl aber sehen die Grundsätze für den Fall, daß die Fürsorge für mehrere Gemeinden oder für einen bestimmten Bezirk durchgeführt wird, die Bildung von Bezirksausschüssen vor, die dann über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden haben. Wir wissen zur Zeit noch nicht, nach welcher Richtung hin sich in Württemberg die Organisation der Fürsorge vollzieht, ob sie mehr örtlichen Charakter trägt oder ob für bestimmte Gebiete eine einheitliche Regelung erfolgt.

Wie es in Preußen. Leider kann man auch auf dem Gebiete nicht sagen: Preußen in der Welt voran. Allgemeine Grundsätze, speziell auch hinsichtlich der Organisation der Erwerbslosenfürsorge, hat die preussische Regierung nicht herausgegeben. Wohl aber spricht sie in ihren Mitte Dezember erlassenen Anweisungen die Erwartung aus, daß sich die Gemeinden und Gemeindeverbände die Fürsorge für die erwerbslos gewordenen Textilarbeiter besonders angelegen sein lassen. Von einer Tätigkeit der Gemeindeverbände auf dem Gebiete der Erwerbslosenunterstützung haben wir, wenigstens hier im Westen, bisher noch nichts gemerkt. Wo in den kleineren Gemeinden die Erwerbslosenunterstützung eingeführt ist, geschah es auf unser Drängen. Dabei geht jede Gemeinde auf eigene Faust vor, was schließlich zu einem bunten Durcheinander führen muß. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß auch in Preußen die Durchführung der Fürsorge etwas großzügiger angefaßt und für die einzelnen Regierungsbezirke möglichst einheitlich geregelt würde. Den Anfang hierzu scheint man ja in der Provinz Brandenburg gemacht zu haben. Dort haben in Cottbus Verhandlungen zwischen Vertretern der Städte Cottbus, Forst, Sorau, Spremberg, Sommerfeld, Guben,

Ludenwalde und Finsterwalde stattgefunden, die eine einheitliche Regelung der Fürsorge für die ganze Niederlausitz zum Ziele hatten. Es wurde beschlossen, den Regierungspräsidenten entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Den Verhandlungen wohnten auch die Landräte der Kreise Cottbus und Sorau bei. Hoffentlich findet dieses Beispiel Nachahmung. Solange in Preußen, dem größten der Bundesstaaten, die Organisation der Fürsorge noch so im Argen liegt, ist an die Schaffung und an ein erfolgreiches Wirken eines Reichsausschusses kaum zu denken.

Damit sind uns aber auch die Aufgaben gekennzeichnet, die unser auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge noch harrten. Unser Augenmerk muß in erster Linie darauf gerichtet sein, zu erreichen, daß überhaupt etwas geschieht. Darüber hinaus müssen wir bestrebt sein, System in die Fürsorge zu bringen; sie in den einzelnen Staaten bzw. Provinzen nach einheitlichen Gesichtspunkten auszugestalten, dann wird es verhältnismäßig leicht sein, auf Grund der gemachten Erfahrungen in bestimmten stützigen Fragen eine Verständigung für das ganze Reich zu erzielen, dann steht auch der Gründung eines ständigen Reichsausschusses nichts mehr im Wege. Eine solche nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführte Erwerbslosenfürsorge ergäbe auch wertvolle Fingerzeige für eine spätere reichsgefehlte Regelung der Erwerbslosenunterstützung überhaupt.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Aachen.

Die Stadt Aachen hatte eine Vorlage zur Unterstützung der erwerbslosen Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie ausgearbeitet und diese einer Kommission, bestehend aus 4 Stadtverordneten, 3 Arbeitgeber- und 3 Arbeitnehmervertretern, davon zwei vom christlichen Verbande, zur Beschlussfassung vorgelegt. Die in dieser Vorlage vorgesehene Bemessung fester, allgemeiner Unterstützungssätze hatte den Nachteil, daß auf die verschiedenartige Höhe der Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien z. B. Appreturarbeiter, Weber, Spinner, Stöpperinnen usw. keine Rücksicht genommen wurde. Soll aber die Absicht der Reichsregierung, dem arbeitslos gewordenen Textilarbeiter eine Entschädigung für seinen Lohnausfall zu gewähren, erfüllt werden, so kann dies nicht durch Festsetzung eines für alle Textilarbeiter gleichmäßigen Existenzminimums geschehen, sondern es muß bei der Bemessung der Entschädigung auf die bisherige Lohnhöhe Rücksicht genommen werden. Geschieht das nicht, so erhält zwar der schlecht entlohnte Arbeiter vielleicht seinen früher verdienten Lohn, der besser entlohnte Arbeiter dagegen erhält besonders dann, wenn eine Grenze nach oben festgelegt ist, bedeutend weniger, als er früher verdiente.

Unser Kollege Müller, der als Stadtverordneter zu der Unterstützungskommission gehört, arbeitete daran eine Vorlage aus, die eine Unterstützung nach dem bisher verdienten Lohne vorsieht. In dem Antrage wurden die Löhne der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Grunde gelegt und nach diesen soll die Unterstützung für jeden Einzelnen berechnet werden. Durch diese Art der Berechnung der Unterstützungen wird erreicht, daß jedem Arbeitslosen eine Entschädigung gewährt wird, die seinem bisherigen Verdienste entspricht, ohne Rücksicht auf die Grenze nach oben. Der Antrag Müller wurde sowohl von der Stadtverwaltung, als auch von der Kommission und zum Schluß auch von der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Ganz besonders ist noch darauf hinzuweisen, daß das Einkommen mitverdienender Familienmitglieder nicht aufgerechnet wird; ferner, daß eine strenge Trennung von der Armenpflege und deren Organe durchgeführt ist. Die Hauptmehrfachstelle wird in einem städt. Verwaltungsgebäude errichtet. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt durch die allgemeine Arbeitsnachweisanstalt Aachen.

Nachfolgend geben wir das Statut der Erwerbslosenfürsorge mit den Unterstützungssätzen zur Orientierung unserer Kollegen wieder:

Erwerbslosenunterstützung der Textilarbeiter der Stadt Aachen.

§ 1.

Die Stadt Aachen gewährt bedürftigen, arbeitsfähigen und arbeitswilligen Textilarbeitern und -Angestellten, welche infolge des Krieges ganz oder teilweise erwerbslos geworden sind, und seit dem 1. Oktober 1915 in der Stadt Aachen wohnen, Unterstützungen. Diese Unterstützungen haben nicht den Charakter von Armenunterstützungen. Ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung besteht nicht.

§ 2.

Die Bewilligung der Unterstützung darf nur erfolgen, wenn der Nachweis geliefert wird, daß die Arbeitslosigkeit oder Arbeitsbeschränkung auf die jetzige Kriegszeit zurückzuführen und nicht durch Arbeitsunfähigkeit oder eigenes Verschulden verursacht worden ist.

§ 3.

Bei Bemessung der Unterstützung wird der für die Unter-
stützung bei der letzten allgemeinen Ort-

krankenkasse festgesetzte tägliche Grundlohn (§ 20, Abs. II der Krankenkassenversicherungsgesetz), die Woche zu 50 Arbeitsstunden gerechnet, zu Grunde gelegt.

Es erhalten an Unterstützung von dem Grundlohn der Klasse, in welcher sie versichert sind:

- a) alleinstehende Personen, mit oder ohne eigenen Haushalt, sowie jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts 70%
- b) kinderlose Ehepaare 80%
- c) wenn beide unterstützungs-
berechtigt sind, je 50%
- d) Ehepaare mit nicht mehr als 3 Kindern unter 14 Jahren 90%
- e) Ehepaare mit mehr als 3 Kindern unter 14 Jahren 100%
- f) Ein Familienhaupt mit nicht mehr als 3 Kindern unter 14 Jahren 80%
- g) Ein Familienhaupt mit mehr als 3 Kindern oder Geschwistern unter 14 Jahren 90%

An teilweise Erwerbslose wird für jede Stunde die der betreffende weniger als 50 Stunden wöchentlich gearbeitet hat, $\frac{1}{10}$ der Unterstützungssätze gezahlt.

§ 4.

Bei Festsetzung der Unterstützung darf kleiner Befehl, (Spargrößen, Wohnungseinrichtung) nicht in Betracht gezogen werden. Zinsen von Sparguthaben und Rentenbezügen werden zur Hälfte berücksichtigt. Arbeitgeber- und Gewerkschaftsunterstützungen werden nicht angerechnet.

§ 5.

Als Familienangehörige des Erwerbslosen sind die gleichen Personenzirkel anzusehen, die als Angehörige von Kriegsteilnehmern auf Grund der Gesetze vom 28. 2. 1888 und 4. 8. 1914 zu unterstützen sind, Voraussetzung ist, daß der Erwerbslose mit den Angehörigen einen gemeinschaftlichen Haushalt führt, oder der Hauptnährer derselben ist.

§ 6.

Die Auszahlung der ersten Unterstützung tritt frühestens eine Woche nach Einstellung — oder Beschränkung der Beschäftigung — ein. Die Unterstützungen kommen wöchentlich zur Auszahlung.

§ 7.

Die Unterstützungen können auch teilweise in Naturalien gegeben werden. Auch kann auf Antrag des Vermieters zur Deckung der laufenden Miete ein Betrag in Höhe der von der Stadtverordnetenversammlung am 15. Oktober 1915 für Familien von Kriegsteilnehmern beschlossenen Sätze von der Unterstützung einbehalten und unmittelbar dem Vermieter gezahlt werden.

§ 8.

An Stelle der Unterstützung kann den Unterstützungsbedürftigen geeignete, ihren Kräften entsprechende Arbeit angewiesen werden. Die Erwerbslosen sind verpflichtet, solche Arbeit, auch außerhalb des Orts und des Berufs, sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern für sie ein angemessener Lohn geboten wird und die Arbeit dem Erwerbslosen nach Vorbildung, Beruf und Körperbeschaffenheit und mit Rücksicht auf dessen Familienleben billigerweise zugemutet werden kann.

§ 9.

Der Versuch zur Erlangung von Unterstützungen durch unwahre Angaben, wie auch die Ablehnung von Arbeit zu deren Annahme der Erwerbslose gemäß § 8 verpflichtet ist, zieht den Ausschluss von Unterstützung nach sich. Bei erneuter Bedürftigkeit wird alsdann Erwerbslosenunterstützung nicht mehr gewährt, sondern findet Verweisung an die öffentliche Armenpflege statt.

§ 10.

Die Unterstützten sind verpflichtet, während der Erwerbslosigkeit die Beiträge für die Invalidenversicherung und Krankenkasse zu zahlen, widrigenfalls die Beiträge von der Unterstützung abgehalten werden können.

§ 11.

Zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge wird eine Kommission gewählt, welche aus einem Vertreter der Stadtverwaltung als Vorsitzenden, und aus Vertretern der Stadtverordnetenversammlung, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Textilindustrie, besteht.

Die Beschlüsse dieser Kommission sind endgültig.

Aachen, den 19. Januar 1916.

Der Oberbürgermeister.

Erläuterung zu § 3 der Satzung erwerbsloser Textilarbeiter. Die Unterstützungssätze regeln sich nach folgender Tabelle:

Grundlohn	50%	60%	70%	80%	90%	100%	pro Stunde
1,—	0,50	0,60	0,70	0,80	0,90	1,—	$\frac{1}{10}$ b. nebenst. Sätze
1,60	0,80	0,96	1,12	1,28	1,44	1,60	"
2,40	1,20	1,44	1,68	1,92	2,16	2,40	"
3,—	1,50	1,80	2,10	2,40	2,70	3,—	"
4,—	2,—	2,40	2,80	3,20	3,60	4,—	"
4,80	2,40	2,88	3,36	3,84	4,32	4,80	"
6,—	3,—	3,60	4,20	4,80	5,40	6,—	"

Hiernach beträgt die wöchentliche Unterstützung bei Berechnung von 50 Arbeitsstunden:

Grundlohn	50%	60%	70%	80%	90%	100%
1,—	2,50	3,—	3,50	4,—	4,50	5,—
1,60	4,—	4,80	5,60	6,40	7,20	8,—
2,40	6,—	7,20	8,40	9,60	10,80	12,—
3,—	7,50	9,—	10,50	12,—	13,50	15,—
4,—	10,—	12,—	14,—	16,—	18,—	20,—
4,80	12,—	14,40	16,80	19,20	21,60	24,—
6,—	15,—	18,—	21,—	24,—	27,—	30,—

Hoffentlich rührt man sich jetzt auch in den Stadt- und Landgemeinden der Kreise Aachen-Land, Eupen, Düren und Montjoie. Im allgemeinen ist man dort noch mit den Vorbereitungen in den Gemeindeverwaltungen weit zurück. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist es unbedingt notwendig, daß baldigst eine Regelung der Erwerbslosenfürsorge in Stadt und Land erfolgt.

E. W.

Allgemeine Rundschau.

„Deutsche Arbeit.“

Wir haben uns in Nr. 51 des Verbandsorgans vom vorigen Jahre bereits über den Wert und die Bedeutung der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift „Deutsche Arbeit, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ ausführlich ausgelassen. Auf die damaligen Ausführungen sei nochmals hingewiesen. Zugleich möchten wir all unseren Ortsgruppen nahe legen, die Zeitschrift unverzüglich zu abonnieren. Die „Deutsche Arbeit“ ist ein vorzügliches Organ zur Orientierung über all die durch den Krieg aufgerollten wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Probleme. Sie sollte darum in keiner Ortsgruppenbibliothek fehlen.

Die erste Nummer ist 64 Seiten stark. Sie bringt, neben einem Geleitwort von Staatssekretär Graf Boskowsky und einer Einführung der Schriftleitung, folgende Artikel: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kriegserfahrungen“ von W. Stegerwald, „Wir und unser Vaterland“ von F. Joss, „Der deutsche Weg“ von Dr. H. Wohlmannsletter, „Fragen des Arbeitsrechts“ von Th. Brauer, „Das Kleinwohnungsproblem nach dem Kriege“ von Landesrat Dr. Althoff, „Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges“ von Fr. Fischer. Außer den Leitartikeln sind insgesamt 24 Rundschauen über die verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens vorgehen, von denen jede Nummer etwa acht bringt. Die erste Nummer enthält Rundschauen über Staats- und Verfassungsleben, Wirtschaft, Sozialpolitik, Arbeiterschutz, Arbeiter- und Angestelltenbewegung, Genossenschaftswesen, Jugendbewegung.

Den Mitgliedern und den Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften wird die Zeitschrift zum Vorzugspreis von 4,50 M. pro Jahr überlassen. Bestellungen erfolgen bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes, die auch die monatliche Zustellung übernimmt.

Kriegsbeschädigte in der Textilindustrie.

Gelegentlich der Barmen Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Feld und in der Heimat erfolgte in den Werkstätten der höheren Textilschule in Barmen die Vorführung von Kriegsbeschädigten, vornehmlich Amputierter, die sich mit Hilfe eigens konstruierter Ersatzglieder betätigten. Es wurde gearbeitet mit mehreren Systemen künstlicher Arme sowie mit den Arbeitsansätzen der Werkstattlazarette in Koblenz. Ein mit einem künstlichen Bein versehener Mann führte die Aufsicht. Neben anderen Berufen waren auch Kriegsbeschädigte Textilarbeiter vertreten, die in verschiedenen Handfertigkeiten ausgebildet wurden. Hierüber finden wir im „Confessionär“ folgenden Bericht:

Da wäre denn besonders auf die Bestrebungen an der Preussischen höheren Fachschule für Textilindustrie in Barmen hinzuweisen, wo unter der umsichtigen und zielbewußten Leitung von Professor Paur eine Reihe von Kurven in Angriff genommen sind, die alle auf das Ende hinarbeiten, so schnell wie möglich die vor dem Feind erworbenen Schäden durch eine Spezialausbildung tüchtigst auszugleichen, damit die Betroffenen wieder vollwertige Glieder der Gesellschaft werden. In den Werkstätten haben wir praktisch schon einen Tuchweber mit schweren Beschädigungen an beiden Händen, der einen Zuschuß mit Rekonstruktion bediente, an einer Handgelenk einen Handweber und an drei Armen bzw. Spitzengängen standen Armbeschädigte, die unter Zuhilfenahme der Zähne die Einfädelung neuer Spulen besorgten. Die Hände zeigten zahlreiche Patronen und Musterzeichnungen von Kriegsbeschädigten, Herzkranken usw., die sich von den sonst gewohnten Leistungen nicht unterscheiden, und den Ausblick auf eine lichtvollere Zukunft gestatten.

Für alle, die es angeht, sei hier auf die Ausbildungsmöglichkeit für Kriegsbeschädigte in der Preussischen höheren Fachschule für Textilindustrie in Barmen hingewiesen.

In der Handweberei können sich: Kartenschläger, Rettenscherer, Aufspäher und Aufroller, Garnschneid- und Einpassierer für Schächten, Wiegkammergehilfen, Musterzeichner und Patronenreue sowie Spulere ausbilden lassen.

In der Flechterei werden angelehrt: Zeichner für einfadige Klopfpfützen, für zwei-, drei- und vierfadige Spizen, Musterausnehmer für allgemeine Flechterei, zur Kalkulation und Fabrikbuchführung, Aufspäher für Lizen, Spizen, Kordeln, Aufspäher für einfadige Spize, Federreiner und Zurechtbreher, Vorrichter (Plätten, Stellen, Garnschneidern, Klopfen usw.), zum Fügen, Schmitzen, Federbreiten und zum Ausziehen von einfadigen Patronen.

In der Weberei können die Kriegsbeschädigten sich ausbilden als: Materialverwalter, Rettenscherer, Bäumler, Musterzeichner und Patronenreue, für Kalkulation und Fabrikbuchführung, Weber, Hilfsarbeiter in der Weberei (z. B. Andreher, Passierer, Stopfer, Warenpußer), Kartenschläger und Spulere.

In der Färberei und Chemie wird ausgebildet als: Laborant, Musterbuchführer, Magazinverwalter, Wäger, Laboratoriumsbienner, Musterfärber, Farbstoffengehilfen, Appreturhelfer, zur Führung der Färberei- und Bleichereibücher, chemische Anleitung für Färben- und Eigenwertlaboranten, für Drogisten, Farbmaler und Chemikalienhändler und -verläufer, Detacheur, Chemischwäcker, Kleiderfärber und Wäschereihelfer.

Die Zeit dieser Kurse ist zurzeit schon eingerichtet, worüber die Zeitung der Anstalt genauer Auskunft erteilt. Es ist ersichtlich, daß man schon jetzt an der Ge-

lung der Kriegsschäden so erfolgreich arbeitet, und daß für Kriegsbeschädigte in zielbewusster Weise Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Herstellung von Sandjäten.

Das stellvertretende Ingenieurkomitee, dem die Beschaffung der Sandjäte obliegt, hat kürzlich neue Vergebungs- und Lieferungsbedingungen herausgegeben, denen folgendes von allgemeinem Interesse entnommen sei:

In Zukunft muß jeder Bewerber schon bei seinem Angebot angeben, welchen Teil der angebotenen Sandjätmengen er durch Heimarbeiterinnen nähen lassen will. Erhält er einen Zuschlag, so wird ihm vertraglich vorgeschrieben, wieviel Sandjäte durch Heimarbeiter zu fertigen sind. Um die Nähelöhne den örtlichen Verhältnissen entsprechend für ganz Deutschland einheitlich zu gestalten, ist bestimmt worden, daß als reiner Nähelohn ein Lohnsatz zu zahlen ist, der den örtlichen Tagelohn mindestens um 40 Proz. übersteigt. Als Mindestleistung einer Arbeiterin bei sechsstündiger Arbeitszeit ist hierbei zugrunde gelegt, daß 90 Säcke ohne Schläufe, 30 Säcke mit Trageschläufe, 60 Säcke mit Bindschläufe gefertigt werden. Das Einziehen der Korbeln ist mit 0,50 M. für 100 Säcke besonders zu vergüten und das Garn kostenfrei zu stellen. Nur die gesetzlichen Abzüge für Krankenkasse und Invaliditätsversicherung sind gestattet. Damit möglichst vielen Frauen ein Verdienst zukommen kann, ist ferner bestimmt, daß wöchentlich an eine Person nur 540 Säcke ohne Schläufe, 180 Säcke mit Trageschläufe, 360 Säcke mit Bindschläufe ausgegeben werden dürfen. Für eine Familie darf die Zahl auf das Doppelte erhöht werden.

Um eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der Näharbeit über ganz Deutschland zu erzielen, will sich das stellvertretende Ingenieurkomitee des vom „Deutschen Wohlfahrtsbund“, Berlin, Dudastraße 1, neubegründeten „Kriegsaussschusses für Heimararbeit“ bedienen, an den alle Anträge auf Zuweisung von Näharbeit von Stadtmagistraten, Wohlfahrtsvereinen usw. in Zukunft zu richten sind, sofern ihre Heimarbeiterinnen nicht durch einen Sandjätlieferanten unmittelbar in Anspruch genommen werden. Der Kriegsaussschuß wird Vorschlagslisten ausarbeiten, die vom stellvertretenden Ingenieurkomitee genehmigt werden. Auch wird er darüber wachen, daß die einzelnen Unternehmer ihre vertraglichen Verpflichtungen zur Instandhaltung durch Heimararbeit und bezüglich der Nähelöhne innehalten. Er wird ferner Vorschläge unterbreiten über Verteilung der Stoffmengen, die unabhängig von den Lieferungen durch Fabrikanten vom stellvertretenden Ingenieurkomitee ausdrücklich zu dem Zwecke angekauft werden, um Wohlfahrtsvereinen usw. Näharbeit zuweisen zu können.

Die Heeresverwaltung hofft, daß durch diese Neuverteilung der Unklarheiten und Unzufriedenheiten beseitigt werden, die bisher bestanden und gewissenlosen Unternehmern die Möglichkeit gaben, sich durch Lohnwucher zu bereichern. Auch die zahlreichen Wohlfahrtsvereine werden es begrüßen, daß durch Einrichtung des Kriegsaussschusses die bisherige Jagd nach Aufträgen und nach Näharbeit aufhört und nunmehr ein Mittel gefunden ist, ihre in diesen Wintertagen besonders wichtige soziale Arbeit zu unterstützen.

Zum Streit in der Sozialdemokratie.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der freien Gewerkschaften nimmt zum Parteistreit Stellung. Die Gewerkschaften sehen der Entwicklung der Dinge mit Besorgnis entgegen. Sie hätten an der gegenwärtigen Situation ein Lebensinteresse. Die Gewerkschaften müßten an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten, weil diese den vitalsten Gewerkschaftsinteressen entspreche; sie könnten darum nicht einbringlich genug vor Bestrebungen warnen, diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen. Nicht weniger seien die Gewerkschaften an der Einheit der Partei interessiert, weil die Spaltung der Partei unter Umständen auch zu Zersplitterungsbestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiet führen könne. Aus dem Grunde wünscht das „Korrespondenzblatt“, daß die mißachtete Parteidisziplin wieder hergestellt und die beharrlichen Verweigerer unschädlich gemacht werden. Es glaubt, ein energisches, rücksichtsloses Vorgehen des Parteivorstandes werde am ehesten dem Zerfallsprozeß Einhalt gebieten und die Partei als solche vor dem Zerfall bewahren.

Der „Vorwärts“, das im Fahrwasser der Opposition segelnde Zentralorgan der Partei, erblickt in den Ausführungen des „Korrespondenzblattes“ den Beweis für seine Auffassung, daß der Streit sich um die grundsätzliche Stellungnahme der Partei nicht nur zur Kriegs-, sondern auch zur gesamten künftigen Friedenspolitik handle; es gehe ums Ganze. Er spricht den Gewerkschaften das Recht ab, über die Grundsätze der Partei zu bestimmen. Die Partei müsse die Forderung, daß die Gewerkschaften an der Politik des 4. August unbedingt festhalten müßten, als einen Eingriff in das legitime Selbstbestimmungsrecht der Partei mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die Aufforderung des „Korrespondenzblattes“ zu energischem Vorgehen gegen die Disziplinbrecher, bezeichnet der „Vorwärts“ als einen Versuch, den Parteivorstand „zum größtmöglichen Bruch der Parteidisziplin und der demokratischen Grundsätze“, zu einem „unberührten Gewaltstreik“ aufzuputzen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mittlerweile die Arbeitsgemeinschaft mit dem sich immer toller gebärdenden Genossen Liebknecht gelöst. Der Reichstagsabgeordnete Rühle, ein Gesinnungsgenosse Liebknechts erklärte sich mit diesem solidarisch und löste seinerseits die Arbeitsgemeinschaft mit der Fraktion.

Ein neuer Streitfall ist entstanden zwischen der Zeitung der preussischen Sozialdemokratie, der preussischen Landeskommission und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Landeskommission billigte die Politik der Fraktionsmehrheit im Reichstag und verlangte von der Landtagsfraktion, daß sie die Politik der Reichstagsfraktion nicht durchkreuze. In der Landtagsfraktion hat aber die Opposition die Mehrheit und diese beschloß, entgegen dem Willen der Landeskommission, die Abgabe einer Erklärung im Landtag, die den Standpunkt der Opposition vertritt. Die Landeskommission sprach darauf öffentlich ihr Bedauern über das Vorgehen der Landtagsfraktion aus, worauf deren oppositionelle Mehrheit ebenfalls öffentlich der Landeskommission das Recht bestritt, der Fraktion die Politik vorzuschreiben.

Eine ernste Mahnung.

In Köln versuchten die Arbeitgeber kürzlich einen einseitigen Arbeitsnachweis einzuführen. Angesichts der unangenehmen Erfahrungen die bisher mit den von den Unternehmern beherrschten Nachweisen gemacht wurden, veröffentlichte die Gewerkschaften Kölns einen energischen Protest. Sie hoben hervor, daß das Bestreben der Unternehmer, mitten in der Kriegszeit und ohne jegliche Rücksichtnahme auf den Durstfrieden einen eigenen Arbeitsnachweis zu errichten, einen sehr bedenklichen Fälschungsspiel in das gesamte Kölner Wirtschaftsleben trage. Dann heißt es weiter:

„Wenn die Industriellen in einer hiesigen Zeitung behaupten der Arbeitsnachweis hätte eine „ganz paritätische Aufgabe“ so trifft dieses zu; aber diese paritätische Aufgabe wird ganz einseitig von den Unternehmern allein gelöst. In der Zeitung des Arbeitsnachweises haben nur die Arbeitgeber zu bestimmen, während den Arbeitern nicht der geringste Einfluß auf die Verwaltung zugestanden wird. Alles Gerede von „zwangsfreier“ Benutzung für die Arbeiter ist nichts als eine grobe Fälschung der Realität. Der Unternehmer macht, wie nach den bisherigen Erfahrungen feststeht, durch Anhängen eines Schilbes an seinem Fabrikator bekannt, daß er dem Arbeitsnachweis angeschlossen ist, und daß die Arbeiter, die in der betreffenden Fabrik eingestellt werden, den Arbeitsnachweis passieren müssen. Daß die zweckmäßige Versorgung der Kölner Industrie mit Facharbeitern nur einem Arbeitsnachweis der Unternehmer möglich sein soll, halten wir für eine ganz unhaltbare Behauptung. In allen Arbeitsnachweisen geschieht die Auswahl und die Ueberweisung an die Betriebe durch Schlichterbeamte, die diese Tätigkeit an einem paritätischen, städtischen Arbeitsnachweis genau so gut aus-

Feldpostbriefe eines ungedienten Landstürmers.

Von Grenadier A. Gutmann.

(Dritter Brief. Schluß.)

Den Engländern gegenüber.

Wir lagen fünf Tage in Reservestellung an der Front und brachten den größten Teil der Zeit in unserem Unterstande zu. Es war ein kleiner, in der Erde eingebaute Raum, der unserer Gruppe, 8 Mann und 1 Unteroffizier, Platz bieten mußte, eine nur provisorisch hergestellte Wohnstätte, die wohl gegen Schrapnells, nicht aber gegen schwere Artillerie Schutz bot. Die eigentlichen bombensicheren Unterstände waren sämtlich erschossen und stehen auch heute noch bis oben an voll Wasser. In unserer Erdhöhle hausten wir nun zu 8, lagen oder saßen eng aneinandergepreßt um nur Platz zu haben. Nur tiefgedückt konnte man in der Höhle stehen und von Umhergehenden konnte keine Rede sein. Wir hatten unter dem Wasser sehr zu leiden. Fast sechs mal am Tage mußte geschöpft werden, wenn wir nicht tief im Wasser liegen wollten. Ratten und Mäuse leisteten uns ihre unangenehme Gesellschaft, bewachten das Innere unserer Tarnkammer, beschnitten unsere Lebensmittel und waren sogar so frech, uns selbst zu beriechen und zu beschmeißen. Manchmal mußte man sich die Mäuse aus Nacken und Gesicht schlagen, wenn man seine Ruhe haben wollte. Aber wir neun ließen uns die gute Laune nicht nehmen. Unsere „Villa“ hieß zwar „Kammer und Kell“, aber sie war bewohnt von der Gruppe „Sorgenfrei“. Wir bildeten hier eine Familie für uns und wuschen gewissermaßen enger aneinander. Wir teilten nicht nur Freud und Leid, Arbeit und Ruhe miteinander, auch die Lebensmittel und alles, was wir gegenseitig besaßen und von Hause bekamen. Daß wir trotz allem Elend die Feuertaufe des Gemütes nicht verloren, geht auch hervor aus folgenden „Versen“, die unser Kamerad Max Dör, genannt der Max von Gallensee — er ist Berliner und dennoch ein netter Mensch — „gedichtet“ hat. Sie sollen das Leben in unserem Unterstande schildern:

In dem nassen Unterstande
Sitzt die erste Gruppe. —
Schließen tut die weiße Wunde,
Doch das ist uns schnuppe. —
Buckel hängt an der Wallenbede,
In dem Beutel Brot,
Ob uns auch so manches schreckte —
Nie der Hungertod.
Von der Decke rinnt Gewässer,
Umgeschwommen uns mehr und mehr;
Ach, es war um vieles besser,
Wenn es Rognal war.
Wurft und Schinken, die wir hatten,
Leiten brüderlich
Wir mit Mäusen und mit Ratten,
Bleib blies uns da nicht. —
Was uns sonst noch fehlt
Bist sich nicht berichten,
Nicht schreit grad die Artillerie,
Aus ihr's mit dem Dichten.

Fünf Tage haben wir hier gelegen und mit schlafen, essen und arbeiten bis in den Schützengraben zugebracht. Dann

kamen wir fünf Tage weiter hinter der Front in „Ruhe“, um danach an einem anderen Teile der Front — etwas weiter südlich — in die vorderste Stellung zu kommen.

Auch hier ist die schlimmste Plage für uns das Wasser. Unsere Unterstände sind zum Teil verfallen, die Laufgräben stehen unter Wasser und sind zum Teil unbrauchbar, jedoch der Berkehr vom Graben bis hinter die Front oder umgekehrt zum Teil ungedeckt über freies Feld erfolgen muß. Auch in den Schützengräben steht das Wasser. Zum Teil steht man bis an die Knie und höher darin und es ist nicht selten, daß einem das nasse Element oben in die Stiefel einbringt. Zum Abfluß des Wassers sind einige Wasserfallestellen geschaffen worden. Tag und Nacht steht einer an der Pumpe. Auch die als Ersatz für die Unterstände geschaffenen Wohnstätten sind nicht frei von Wasser und müssen fortwährend ausgepumpt oder ausgeschöpft werden.

Ich hatte mir die Gräben, das Leben im Graben und unser Verhältnis zu unserem Gegenüber anders vorgestellt; viel schlimmer, gefährlicher. Wir liegen hier den Engländern auf 250–300 Meter gegenüber, an einigen Stellen unseres Bataillons sollen es nur 70–80 Meter sein. Zwar fallen fortwährend Schüsse, aber daran führt man sich bald gar nicht mehr. Sie gehen zu hoch oder schlagen in die Deckung ein. Man muß nur nicht allzu sehr den Kopf über den Graben hinausrecken. Bei etwas Vorsicht, die ohne Pflichtverletzung angewendet werden darf und nach den Instruktionen angewendet werden soll, läßt sich mancher Unglücksfall vermeiden. Gewiß sind auch Zufallsstreifer da, darunter leider verhältnismäßig viele Kopfschüsse. Böser ist schon das Feuer der feindlichen Artillerie. Wir hatten einige Tage heftiges Artilleriefeuer. Gegen 10–11 Uhr vormittags setzte es ein und hielt sich ununterbrochen bran bis zur Dunkelheit. Das ist ein Heulen und Singen, ein Säusen und Brausen, ein Donnern und Knallen, als ob 100 Gewitter und mehr sich mit furchtbarer Gewalt entluden. Wir kriechen aus unsern Unterständen heraus und suchen im Graben irgendwo Deckung, so gut es geht. Oder man bleibt auch im Graben stehen und bestreicht sich das grauliche Schweiß. Man hört zunächst den hohen Knall des Abwurfs, dann ein sekundenlanges Heulen und Pfeifen durch die Luft und bald darauf den tosenden Einschlag des Geschosses. Schlägen sie nicht allzuweit hinterm Graben ein, so sieht man den Einschlag, sieht hauthoch die Erde aufspritzen und in weitem Umkreise umherfliegen und gleich darauf eine dicke Rauchwolke aufsteigen. Schwer ist die Bahn der englischen Nachbargeschosse zu verfolgen. Abschuß und Einschlag erfolgen fast in einem Zuge. Es ist ein verdammt unangenehmes Gefühl, wenn in unmittelbarer Nähe die schweren Geschosse einschlagen, wenn man an den Rauchwolken in der Luft die Schrapnells plagen sieht, wenn die Gräben zittern, wenn es den ganzen Tag ununterbrochen dampft und qualmt, tost und braust und laut und heult und singt. Man ist froh, wenn die Dunkelheit hereinbricht und der Schießerei ein Ende setzt — bis zum nächsten Tage. Aber man gewöhnt sich auch an diese Dinge, auch an diese Knallerei. Einige Tage, und man liegt ruhig in seinem Unterstande und schläft, oder steckt in einem Erdloch und schreibt an seine Lieben daheim, während die feindliche Artillerie bummelt.

Nach fünf Tagen im Schützengraben nicht. Man hat einen fortwährenden anstrengenden Dienst. Entweder man steht auf Posten oder am Beobachtungspiegel oder man ist bei der Arbeit. An den Gräben muß fortwährend gearbeitet werden.

Was das Wasser über die feindlichen Geschosse beschädigt haben, muß sofort wieder hergestellt werden. Aber auch abgesehen davon werden die Gräben immer weiter ausgebaut.

Am 21. Dezember wurden wir abgelöst. Unser Bataillon hatte sehr wenig Verluste gehabt. Nur einige tote und verwundete. Unsere Kompanie hatte nur einen Verwundeten. Der Kamerad hatte sich beim Abziehen einer Leuchtungs einen Unglücksfall zugezogen. Verluste durch feindliche Geschosse hatten wir gar nicht. Unser Herrgott war uns gnädig gewesen.

So konnten wir Weihnachten zusammen hinter der Front feiern. Darüber in einem folgenden Briefe.

Gelächsprüche fürs neue Jahr.

Wenn das Schicksal Großes zutraut, dem stellt es hohe Aufgaben.

Von hundert „sicher verbürgten“ Gesüchten erzähle nur ein einziges weiter.

Alle militärischen Sicherungen unserer künftigen Grenzen müssen gefordert und durchgeführt werden. Das ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt für jeden Deutschen.

Wer das Recht stärken will, mehre die Macht des Staates, ohne den kein Recht besteht.

Ein fester Entschluß wirkt erfrischender als viele geistreiche Gedanken.

Wer handeln will, habe den Mut der Erkenntnis, daß jede Tat auch ihren Schatten wirft.

Wohleligkeit ist eines gesunden Volkes unwürdig; Not überwinden schafft mutige Herzen.

Die Menschen, die nur die Schattenseite sehen, sterben nicht aus; aber es wäre ihnen selbst himmelangst, wenn alle übrigen sich von ihrer Furcht anstecken ließen.

Vor einem Jahre standen wir hinter Przemyśl, heute stehen wir vor Riga und an Griechenlands Grenzen. 45 Festungen und besetzte Plätze der Feinde sind in unserer Hand. Serbien ist nicht mehr. Die fruchtbarste Gegend Frankreichs und Belgiens ist in unserm Besitz. Polen ist Rußland verloren. Unagbar Großes ist uns geschehen. Des sind wir frohlich. Voll unverdrossener Tapferkeit kämpft unser Bundesgenosse am Jongo, am Amselfeld und an den Dardanellen. Vergessen wir es nie.

Heil und Sieg war uns besichert. Wir haben oft das Auge dafür verloren. Wir wurden das Stegen gewöhnt und vergaßen, wie mächtig unsere Gegner sind. Unsern Truppen und ihren Führern, allen, allen, wo sie stehen und wie sie heißen, reichen, reichen Dank. Unvergessen ist dies Jahr des Vorwärtssingens.

Bis hierher hat uns Gott geholfen. Er geht ferner mit uns und führt uns zum guten Ende.

(Was W. Kraus „Eiserne Blätter“.)

oben können als wie in einem einseitigen Unternehmernachweis. Aus den angeführten Gründen und nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete kommen die unterzeichneten Arbeiterorganisationen zu der Ansicht, daß zu der geplanten Neugründung eines einseitigen Unternehmernachweises nur Sonderinteressen ausschlaggebend sein können. Deshalb erheben wir gegen diese weitere Zersplitterung des Kölner Arbeitsnachweiswesens entschiedenen Einspruch und müssen jede Verantwortung für alle weiteren Folgen, die durch diesen Vorstoß der Unternehmer entstehen, ablehnen.

Dieser Protest hatte Erfolg. Der Gouverneur der Festung Köln hat „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ dem Arbeitsnachweis die Aufnahme seiner Tätigkeit bis auf weiteres unterjagt. Damit ist die Gefahr vorläufig abgewehrt. Wir sagen vorläufig, denn zweifellos werden die Unternehmer den Versuch zu gelegener Zeit wiederholen.

Für die Arbeiterschaft ist dieser Vorgang eine ernste Mahnung, auf dem Posten zu sein. Er zeigt, wie notwendig wir die gewerkschaftliche Organisation auch heute noch haben.

Aus unserer Industrie.

C. T. I. Der internationale Rohseidenhandel

geht neuen Erschwerungen entgegen. Der Umstand, daß die japanischen Dampfer, welche ostasiatische Rohseide nach Europa befördern, nimmehr um Afrika herumfahren müssen, bedeutet nicht nur eine Verlängerung der Reisezeiten um 1 bis 2 Monate und erhöhte Fracht- und Versicherungskosten; als besonders bedenklich wird aber empfunden, daß die japanischen Dampfer die italienischen Häfen nicht mehr anlaufen, sondern nach London gehen, wodurch es den Engländern ermöglicht wird, die Rohseidenzufuhr und Verteilung zu kontrollieren.

Wirkungen der Wehrpflicht in England.

C. T. I. Die Sorgen der englischen Baumwollindustrie infolge der Wehrpflicht mehren sich. Man befürchtet in Lancashire einen sich sehr fühlbar machenden Arbeitermangel, der auf die für die Ausfuhr arbeitende Baumwollindustrie, nicht ohne Einfluß bleiben kann. Die Handelskammer des Bezirkes hat sich wiederholt mit der Frage beschäftigt und verlangt auch jetzt noch in ihren Eingaben die Freilassung von Spinnern, Webern und Verarbeitern, die zur Fortführung der Betriebe unumgänglich notwendig seien. Selbst wenn das Zugeständnis von Seiten der Regierung gemacht würde, glaubt man, daß ein Rückschlag auf die Lage des Zweiges nicht ausbleiben wird.

Aus dem Verbandsgebiete.

Kriegsnotstandsunterstützung.

Die Auszahlung der Kriegsnotstandsunterstützung an die kriegslos arbeitenden Mitglieder für die Zeit vom 9. Januar bis 29. Januar 1916 (27. Auszahlungswache) findet in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar 1916 statt. Ortsgruppen, die bis zum 28. Januar die Listen noch nicht erhalten haben, wollen dieses im Bedarfsfalle der Zentralstelle dann mitteilen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Gautschi (Bayern). Gärten in der Erwerbslosen-Järjorge. Am Sonntag, den 16. Januar, fand in Gautschi im Schweinfurter Hof eine Versammlung statt, in welcher der Bezirksleiter der christlichen Textilarbeiter Bayerns, Herr Gewerkschaftssekretär Geier-Augsburg einen Vortrag hielt mit dem Grundgedanken: „Ursache des Krieges, unsere Pflichten gegenüber dem Vaterland.“ Als eine Hauptursache des Krieges bezeichnete Redner den Reiz der jetzt feindlich gegenüberstehenden Nationen, gegenüber unserer in mächtigen Ausprägung begriffenen blühenden Industrie. Dieser Industrie den Todesstoß zu versetzen, und abzuweichen vom Weltmarkt, der alleinige Herrscher aller See- und Handelswege zu werden, diese Politik Englands war mit einer der größten Ursachen für den Ausbruch des Krieges. Da diese Frage aber eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk bedeutet, so ist es auch Pflicht des ganzen Volkes, an der glücklichen Lösung dieser Lebensfrage mitzuwirken. In besonderem Maße sei aber speziell der Arbeiterstand an dieser hochwichtigen Frage interessiert und deshalb sei aber auch die deutsche Arbeiterschaft in heiliger Verantwortung an der Seite der anderen Völkergewissen hinausgezogen dem Feinde entgegen. Dort stehen sie ihr Leben ein für ihre zu Hause zurückgelassenen Angehörigen und zur Rettung des deutschen Vaterlandes. Ihnen gebührt Ehre und Dank.

Dieselbe Pflicht aber besteht auch für die Dahingeliebenen. Auch wir wollen und müssen Opfer bringen, je nach unseren Möglichkeiten. In erster Linie muß unsere Sorge den Kriegsfamilien gelten, deren Ernährer vor dem Feinde stehen und dem Vaterlande dienen. Wenn die Angehörigen derselben gezwungen wären in ihren Briefen Klagen über herrschende Not anzuführen, so würde das drückend wirken, auf unsere Krieger im Felde. Eine weitere Sorge muß auch besonders denjenigen minderbemittelten Weibern und deren Angehörigen zugewendet werden, die durch den Krieg unbeschäftigt arbeitslos geworden und in Not geraten sind. Bekanntlich ist nun unsere Textilindustrie mit ihren Rohstoffen auf das Ausland angewiesen. Da nun dieser Weg durch den Krieg gesperrt und die Rohstoffe die vorhanden waren zur Neige gehen, so hat die Textilindustrie gegenwärtig eine schwere Zeit durchzumachen. Ganz besonders ist das der Fall in der Baumwollindustrie. Nicht nur die Arbeitszeit hat eine gewaltige Einschränkung erfahren, sondern auch die Zahl der zu bedienenden Maschinen, jedoch mit einem Schlag eine doppelte Vervielfachung eintreten. Derzeit ist man in harmonischer Zusammenarbeit mit der kgl. Staatsregierung, den kgl. Kreisregierungen, Bezirks-

ämtern und Gemeinden einerseits und den Vertretern des Textilindustriellenverbandes und den Vertretern der Textilarbeiterverbände andererseits, eine Unterstützungsanstalt eingerichtet worden für alle Kurzarbeiter oder ganz arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Ministerialentscheidung hat für die Gemeinden die Unterlage. Die Gemeinden und den Arbeitgeber mußte diese Einrichtung umso willkommener sein, weil zwei Drittel der gesamten Kosten von Reich und Staat aufgebracht werden, während Arbeitgeber und Gemeinden je nur ein Sechstel zu tragen haben. In Bamberg und Gausstadt sei diese Einrichtung bereits eingeführt, nur sei zu bedauern, daß den Kriegerfrauen die Hälfte der Reichsunterstützung in Anrechnung gebracht wird, während in Erlangen und verschiedenen anderen Städten eine Anrechnung der Reichsunterstützung nicht erfolgt. Eine weitere Beschwerde besonders gegen den Stadtmagistrat Bamberg liegt vor, weil derselbe 16 arbeitslos gewordenen Frauen, die in der Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Bamberg beschäftigt waren und im Juni 1915 arbeitslos geworden sind, die Unterstützung verweigert. Der Referent sei deshalb im kgl. Staatsministerium vorstellig geworden und habe die Unterstützung erhalten, daß gegen die Vereindeziehung dieser Frauen keinerlei Bedenken bestehen. Des ferneren hat auch der betreffende Arbeitgeber die Befugnis gegeben, sein Sechstel zu tragen und dann hat auch das Gemeindefollegium der Stadt Bamberg einstimmig beschlossen, der Magistrat möge auch diesen Frauen die Unterstützung zuteil werden lassen. Trotz alledem erfolgte im Magistrat wieder eine Ablehnung. Der Referent erklärte, daß er alles getan habe um den in Not geratenen Frauen zu ihrem Rechte zu verhelfen, daß dieses Recht auch überall anerkannt wurde, dessen Verweigerung liegt einzig und allein bei dem Stadtmagistrat Bamberg.

Die Versammlung dankte dem Redner für seine Ausführungen und für seine Mühe der in Not geratenen Frauen wegen. In der Diskussion wurde besonders der letzte Punkt des Referates einer berechtigten Kritik unterzogen und eine Entschärfung der Versammlungsleitung überreicht, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Die am 16. Januar d. J. im Schweinfurter Hof in Gausstadt stattgefundene gut besuchte Versammlung, nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß der Stadtmagistrat Bamberg es wiederholt abgelehnt hat, 16 Arbeiterinnen die schon längere Jahre in der Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Bamberg beschäftigt und seit Juni 1915 durch Mangel an Rohstoffen arbeitslos geworden sind, die Unterstützung wie sie für die arbeitslos gewordenen Textilarbeiter eingeführt ist, zu gewähren. Die Haltung des Magistrats ist uns weniger zu verstehen, weil von Staatswegen und vom Arbeitgeber gegen die Vereindeziehung dieser Frauen in die Unterstützungsanstalt nichts eingebracht wird und die Mittel hierzu bewilligt sind. Auch das Gemeindefollegium der Stadt Bamberg hat einstimmig beschlossen, diesen in Not geratenen Frauen die Unterstützung zu gewähren. Der Einwand des Magistrats, die Ablehnung erfolge der „Konsequenzen wegen“ ist insofern hinfällig, weil weitere Personen in ganz Bamberg nicht mehr vorhanden sind, die auf diese Unterstützung in der Weise Anspruch erheben könnten. Sollte der Magistrat auf seinem abgelehnten Standpunkt beharren so würden die Frauen gezwungen sein, sich an die städtische Armenpflege zu wenden. Rückwirkend beanspruchen diese Frauen die Unterstützung nur von dem Zeitpunkt ab, wo diese in Bamberg eingeführt wurde.“

Süchteln. Fürsorgemaßnahmen der hiesigen Stadtwahlverwaltung. Wohl keine Stadt am Niederrhein hat während der Kriegszeit mehr in sozialer Fürsorge geleistet als Süchteln. Schon gleich nach Ausbruch des Krieges wurden auf Anregung des Stadtverordneten und stellvertretenden Vorsitzenden unserer Ortsgruppe, des Kollegen Karl Supper, Notstandsarbeiten ausgeführt. Am 9. September 1914 wurde mit diesen begonnen. Sie reichten bis zum 21. März 1915. In dieser Zeit speziell flocht das gesamte Erwerbsleben, namentlich in der hier vertretenen Samt- und Seidenindustrie. Annähernd 300 Arbeiter wurden in dieser Zeitperiode mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Ihr Tagelohn betrug laut Vorschlag unseres Kollegen Supper 2,50 M. Fast täglich, namentlich in den Monaten Oktober, November und Dezember 1914, erfolgte die Einstellung von 8 bis 10 Arbeitslosen. Die Aufsicht und Leitung, sowie die Auszahlung der Löhne lag in Händen des Kollegen Supper. Anfang des Jahres 1915 lebte unsere Industrie infolge der Heeresaufträge allmählich wieder auf. Es wurden auch immer mehr Arbeiter durch Einberufung dem Arbeitsmarkt entzogen, so daß bis zum 21. März fast alle Arbeitslose entlassen bzw. anderweitig untergebracht waren. — Im Sommer 1915 erfolgte dann die Erhöhung der an die Familien der Kriegsteilnehmer bezahlten Unterstützung. Bis her hatte die Stadt einen Zuschuß zur Staatsunterstützung in Höhe von 20 Prozent des ortsbildlichen Tagelohnes gewährt. Jetzt wurde der Zuschuß auf den Betrag der Staatsunterstützung erhöht. — Die Umstände und Forderungen unseres Stadthauptes, des Herrn Bürgermeisters v. Hagen, für die minderbemittelten Familien ließen denselben nicht ruhen. Er wandte sich ferner an die Kreisverwaltungsämter, und seinen persönlichen Bemühungen in Berlin, Koblenz u. a. Stellen gelang es, viele Aufträge zu erhalten, so daß nicht nur den hiesigen, sondern auch manchen Arbeitern und Arbeiterinnen der Nachbarstädte Arbeit und Verdienst geboten wurde. — Auch in der Lebensmittelpflege hat unsere Vaterstadt außerordentlich geleistet. Der Herr Bürgermeister war im Verein mit der städtischen sozialen Kommission, in der zwei Kollegen unserer Ortsgruppe vertreten sind, bemüht, Lebensmittel anzufahren und sie zu verhältnismäßig niedrigen Preisen an die Bürgerchaft abzugeben. Für annähernd 120.000 M. waren Fleischwaren eingekauft worden. Auch bezüglich der Kartoffelversorgung stand unsere Gemeinde an der Spitze im Kreise Kempen. Als dann im Spätherbst durch das Baumwollverbot wieder größere Arbeitsbeschränkungen vortraten, bekundete der Herr Bürgermeister und mit ihm die soziale Kommission auf neue sozialen Weichen. Zunächst bezahlte die Gemeinde für die arbeitslos gewordenen Textilarbeiter zwei Drittel des Krankengeldes, falls die Firmen sich verpflichteten, das restliche Drittel zu übernehmen. Auch wurden die bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer auf Kosten der Stadt gegen Krankheit versichert. Später reichte dann unser Ortsgruppenvorstand einen Antrag auf Einführung der Arbeitslosenfürsorge ein. Nach längerer Abwesenheit des Herrn Bürgermeisters kam die Sache, nachdem sie zunächst die Finanzkommission beschäftigt hatte, vor das Plenum der Stadtverordneten. Kollege Supper, der sich mittlerweile Material, speziell über die Regelung der Arbeitslosenfürsorge in Krefeld, verschafft hatte, brachte dieses Material in der fraglichen Sitzung vor. Ihm schienen aber die Sätze in Krefeld etwas niedrig. Er machte einen Vorschlag, der günstigere Sätze enthielt, die dann auch nach längerer Debatte beschlossen wurden. Danach beträgt die Unterstützung wöchentlich für eine Person 12 M., bei zwei Personen 16 M., dann für jede weitere Person 2 M. mehr bis zum Höchstbetrag von 26 M. Unterstützung wird allen Arbeitslosen, auch denjenigen, die in anderen Städten arbeitslos geworden sind, und

wirkender Kraft ab 1. Oktober 1915. In der diesbezüglichen Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters heißt es: „Wer während dieser Zeit arbeitslos gewesen ist oder später arbeitslos wird, bezw. infolge Arbeitsbeschränkung mit seinem Wochenverdienst unter den Unterstützungsätzen blieb, wolle sich umgehend auf dem Rathaus, Zimmer 2, unter Vorlegung einer Bescheinigung des bisherigen Arbeitgebers über die Arbeitslosigkeit, bezw. den erhaltenen Lohn melden.“

Die Arbeiterschaft von Süchteln erkennt das Geschaffene dankbar an und würdigt die Verdienste all jener, die am Zustandekommen der Arbeitslosenfürsorge gearbeitet haben. Sie spendet vor allem dem Entgegenkommen und dem sozialen Verständnis des Herrn Bürgermeisters die wohlverdiente Anerkennung.

Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Johann Wietling aus Bocholt;
Referent Eilers aus M. Gladbach Hardterbroich;
Geinrich Tillmanns aus M. Gladbach Wurtcheid;
Rudolf Wlaß aus Dahlhausen-Wupper.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Heinrich Hülskramer aus Rheine.
Johannes Igodda aus Barmen.
Josef Brusermann aus Barmen.
Otto Ullschneider aus Wehr.
Anton Lütte aus Säckingen.
Otto Vogt aus Säckingen.
Hermann Sorgenfrei aus Neumünster.
Adolf Reindahl aus Wassenberg.
Wilhelm Hermes aus Lobberich.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Jakob Weckes aus Hülse.
Anton Ridders aus Fischeln.
Jakob Daemen aus Krefeld.
Leonard Creusen aus Vaals.
Ehre Ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Bocholt. 30. Januar und 6. Februar Abrechnung der Frauenrente von 10–12 Uhr auf dem Büro.
Grefrath. 30. Januar, 5 1/2 Uhr, im Lokale Witwe R. Hammel Generalversammlung.
Gref. 30. Januar, 4 Uhr, im Bollshelm, Adastrasse, Jahreshauptversammlung.
Holt. 30. Januar, 6 Uhr, im Lokale von Gustav Kremer Generalversammlung.
Kettenis. 30. Januar, 5 Uhr, bei Franz Sieber, Generalversammlung.
Saaten-Blombach. 5. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale Witw. Edmund Schneider, außerordentliche Generalversammlung.
Süchteln. 30. Januar, 10 Uhr, bei Remkes, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Mitglieder: — Artikel: Die Organisation der Erwerbslosenfürsorge. — Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Maastricht. — Fernleitung: Selbstpostbriefe eines ungedienten Landstürmers. — Geleitworte fürs neue Jahr. — Allgemeine Rundschau: „Deutsche Arbeit.“ — Kriegsbeschäftigte in der Textilindustrie. — Die Herstellung von Sandböden. — Zum Streit in der Sozialdemokratie. — Eine ernste Mahnung. — Aus unserer Industrie: Der internationale Rohseidenhandel. — Wirkung der Wehrpflicht in England. — Aus dem Verbandsgebiete: Kriegsnotstandsunterstützung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Gausstadt (Bayern). — Süchteln. — Das Eiserne Kreuz. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. R. Franz Fischer, Krefeld, Mühlenstraße 7.